



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

**KEIN PLATZ
FÜR NAZIS!**

**Menschen gegen
Rechts verteidigen**

UNS GEHT'S UMS GANZE



**RECHTSTERRORISMUS TÖTET –
IMMER WIEDER.**

Der Anschlag in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019 war der Versuch eines Massenmordes an Jüdinnen und Juden an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag. Der rechtsextreme Attentäter versuchte mit Waffengewalt, in die Synagoge im Paulusviertel einzudringen, um dort versammelte Personen zu töten. Nachdem ihm dies misslungen war, erschoss er vor dem Gebäude die Passantin Jana Lange und kurz darauf in einem Döner-Imbiss den Gast Kevin Schwarze.

Foto: Benjamin Zibner/laif

208 MENSCHEN

Die menschenverachtende Ideologie des Rechtsextremismus bedroht unsere Demokratie und Menschen sehr konkret. Die rechtsterroristischen Anschläge in jüngster Vergangenheit zeigen: Ihre gewaltbereiten Anhänger*innen setzen sie gnadenlos in die Tat um. Mindestens 208 Menschen wurden seit 1990 in Deutschland getötet, weil sie nicht in das rechtsextreme Weltbild der Täter*innen passten. Immer wieder gibt es Angriffe auf Andersdenkende, Kommunalpolitiker*innen, Asylsuchende und vermeintlich nicht deutsche Menschen. Gewalt, Hetze und Geschichtsfälschung sollen unsere Gesellschaft zersetzen. Dem müssen Demokrat*innen überall mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenreten.



WURDEN SEIT 1990 VON NAZIS ERMORDET.

Foto: Cigdem Ucuncu/NarPhotos/laif



Rechtsextreme sitzen inzwischen in den Parlamenten, schüren auch dort ein Klima der Verrohung. Sie vollführen den Schulterschluss zwischen Neonazis, Schlägertrupps und der „Neuen Rechten“. Das Grundrecht auf Asyl wollen sie abschaffen, die Religionsfreiheit für Muslim*innen stellen sie infrage. Sie fördern antisemitische Verschwörungsmymen, greifen die Gleichstellung von Frauen an, wollen Lesben, Schwule und trans- und intergeschlechtliche Menschen wieder entrechten. Dies befeuert eine enthemmte Stimmung, in der gewalttätige Angriffe auf Menschen und Morddrohungen gegen Andersdenkende wieder zur Tagesordnung gehören.

Unter der Friedensbrücke in Frankfurt erinnert ein 27 Meter langes Gedenk-Graffiti an die Opfer des Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020.

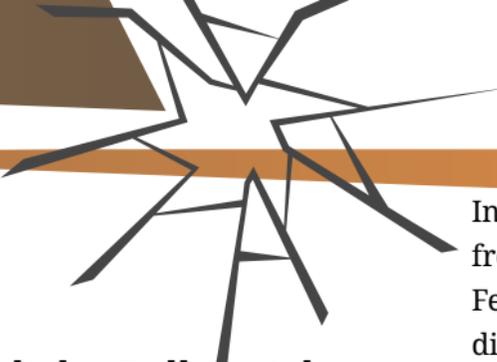
Foto: picture alliance/greatif

AUF WORTE FOLGEN TATEN

Rechtsextreme streben zunächst eine ideologische und kulturelle Vorherrschaft an: Wer gehört dazu und wer nicht? Menschen, die anders aussehen, anders leben oder lieben, passen nicht in ihr Bild eines kulturell und ethnisch homogenen deutschen „Volkes“. Ihr Denken ist durchzogen von der Abwertung anderer Ethnien, Religionen, Kulturen, Lebensstile und sexueller Identitäten. Die universelle Menschenwürde lehnen sie ab.

Um ihre Ideologien zu verbreiten und neue Anhänger*innen zu rekrutieren, ist ihnen jedes Mittel recht. Ihre Methoden reichen von Indoktrination über scheinbar harmlose Angebote bis zu unverhohlener Gewaltandro-

hung. Gezielt besetzen sie Lücken dort, wo es an staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Angeboten mangelt: wenn Jugendklubs schließen, keine Perspektiven erkennbar sind und demokratische Vorbilder fehlen. In manchen Regionen agieren sie erfolgreich, weil niemand sonst Kultur- oder Freizeitangebote schafft. Sie engagieren sich in Bürgerinitiativen oder bei der Feuerwehr. Rechts gesinnte Frauen mischen in Kitas, Elternbeiräten und Spielgruppen mit. Die rechtsextreme Szene hat in den vergangenen Jahren auch den Kampfsport für ihre Zwecke entdeckt. Insbesondere Mixed Martial Arts (MMA) und Kickboxen werden zunehmend von Neonazis und rechtsextremen Hooligans vereinnahmt.



Eine gefährliche Rolle spielen rechte Medien. Sie verwischen die Grenze zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus und gewinnen auf diese Weise Boden bis in die Mitte der Gesellschaft. Mit Fake News und unterstützt von Foren-Trollen manipulieren sie den öffentlichen Diskurs so, dass die Abwertung anderer zunehmend als normal empfunden wird.

In Hetzreden Ängste vor angeblicher „Überfremdung“ zu schüren, ist ein Spiel mit dem Feuer. Wer Menschen diffamiert und beleidigt, die sich ehrenamtlich für Geflüchtete engagieren, die einen feministischen Blog betreiben oder alternative Jugendkultur organisieren, bestärkt rechte Gewalttäter*innen. Angriffen auf die Menschlichkeit folgen Angriffe auf Menschen. Deshalb dürfen wir nicht hinnehmen, dass sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft weiter ausbreitet und die Fundamente unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats aushöhlt. Jede Bagatellisierung spielt Rechten und Nazis in die Hände.

ABSAGE AN VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN

Krisen und unsichere Zeiten wie die Corona-Pandemie erleichtern die Verbreitung von Fake News und kruden Verschwörungsideologien. Ein Blick auf die zahlreichen Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen und die rasante Verbreitung von Falschnachrichten im Internet zeigt das deutlich. Anti-Corona-Politik-Proteste zeichnen sich durch die Bildung einer sogenannten Querfront verschwörungsideologischer, antisemitischer und rechtsextremer Akteur*innen aus. Darüber hinaus tragen Personen aus dem „Reichsbürger“-Spektrum sowie Rechtsextreme bewusst

zur Verbreitung von Falschnachrichten bei und vernetzen sich mit verschwörungsideologischen Akteur*innen. Daraus entstehen Gefahren für unsere Demokratie, die nicht unterschätzt werden dürfen. Der versuchte Sturm auf das Reichstagsgebäude hat es drastisch vor Augen geführt. Bis tief in die Mitte unserer Gesellschaft haben sich Antisemitismus und Verschwörungsideologien verbreitet. Dem muss auf allen Ebenen und mit aller rechtsstaatlichen Entschlossenheit begegnet werden.

Wir Grüne im Bundestag fordern die Bundesregierung seit Langem auf, sich endlich sehr viel stärker mit diesem Phänomen zu beschäftigen. Unsere umfangreichen parlamentarischen Anfragen bestätigen jedoch, dass die Bundesregierung diese Entwicklung bisher verschlafen hat. Sie hat auf die Problematik keine adäquaten Antworten. Die Brandstifter schlafen dagegen nicht. Neue Gruppierungen, wie zum Beispiel die QAnon-Bewegung, die antisemitische und rassistische Ressentiments verbreitet, erlangen gerade über Messenger-Dienste eine große Öffentlichkeit auch in Deutschland. Hier muss klar gegengehalten werden.

Insbesondere die zivilgesellschaftliche Aufklärungsarbeit muss endlich sehr viel stärker gefördert werden. Die Bundesregierung muss außerdem schleunigst das Analysedefizit der Sicherheitsbehörden, insbesondere mit Blick auf Online-Phänomene, beseitigen. Es braucht eine umfassende Strategie, um den Gefahren gezielt entgegenzuwirken.

Sturm auf den Bundestag, 29. August 2020



Foto: DPA/Achille Abboud

und auf das Kapitol, 6. Januar 2021



Foto: picture alliance/ZUMAPRESS

DEMOKRATIE UNTER DRUCK



Foto: Gettyimages

RECHTSTERRORISMUS AUFKLÄREN & BEKÄMPFEN

Von Bundesregierung und Sicherheitsbehörden unterschätzt, ist ein neuer Rechtsterrorismus in Deutschland entstanden. Längst vor den Anschlägen in Halle oder Hanau und dem Mordanschlag auf Walter Lübcke gab es zahlreiche Alarmsignale: orchestrierte Morddrohungen, Chatrooms voller Gewaltfantasien, rechtsextreme „Feindeslisten“ mit zehntausenden Einträgen, Waffendepots, Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Doch sie wurden nicht ernst genommen.

Derzeit sind mehrere Hundert mit Haftbefehl gesuchte Straftäter*innen aus der rechten Szene untergetaucht. Trotz der erkennbar massiven Bedrohung durch rechte Gewalt stuften die Behörden 2020 nur 70 Rechtsextreme als „Gefährder*innen“ ein. Aus dem Desaster bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen müssen jetzt endlich Konsequenzen gezogen werden.

Angesichts der Gefahren, die von rechtsextremen Netzwerkstrukturen ausgehen, muss ihre Identifizierung und Zerschlagung endlich Priorität haben. Das verkennt die Bundesregierung seit Jahren. Dabei ist die Vernetzung sehr weit vorangeschritten: Sie reicht bis hinein in Sicherheitsbehörden wie Polizei und Bundeswehr und auch in den Deutschen Bundestag. Es ist höchste Zeit zu handeln.

RECHTSSTAATLICHE MITTEL AUSSCHÖPFEN

Rechte Gewalt gehört mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft. Gute Polizeiarbeit muss dabei Vorrang haben. Denn Verfassungsschutzämter haben über Jahre hinweg zahlreiche überzeugte Rechtsextremist*innen als V-Leute staatlich finanziert. Damit haben sie die Szene mehr gefördert als geschwächt. Wir fordern deshalb einen strukturellen Neustart beim Verfassungsschutz.

Die Gefahr, die zum Beispiel von radikalen „Reichsbürger*innen“ ausgeht, zeigt: Das Waffenrecht muss endlich schärfer gefasst werden. Noch immer gelingt es Rechtsextremen viel zu leicht, illegal an Waffen zu kommen.

Wer im Netz andere auf menschenverachtende Weise beleidigt, zur Gewalt aufruft oder Menschen bedroht, darf nicht ungestraft davonkommen. Die Urheber*innen müssen ermittelt werden und Konsequenzen spüren. Wir fordern eine Gesamtstrategie gegen Hass und Hetze, die zwischen effektiver Polizeiarbeit, Verantwortung der Diensteanbieter und individuellen Schutzrechten abwägt. Plattformbetreiber, insbesondere wenn sie Öffentlichkeit herstellen, müssen Inhalte effektiver löschen. Ermittelnde Behörden müssen technisch und personell gestärkt werden und potenziell Betroffene schnelle Beratung bekommen.



Über ein Dutzend Schusswaffen hat die Polizei bei einem Ehepaar in Witten gefunden. Das Paar bezeichnet sich nach Polizeiangaben selbst als «Reichsbürger». Foto: dpa/Polizei Bochum



Foto: DPA/Zurmapress

*Wer im Netz andere auf menschenverachtende Weise beleidigt, zur Gewalt aufruft oder Menschen bedroht, darf nicht ungestraft davonkommen. Die Urheber*innen müssen ermittelt werden und Konsequenzen spüren.*

Wir fordern eine Gesamtstrategie gegen Hass und Hetze, die zwischen effektiver Polizeiarbeit, Verantwortung der Diensteanbieter und individuellen Schutzrechten abwägt.



Sandy Albahri, Ehrenamtliche von der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, freut sich über den Sonderpreis für Engagement gegen Antisemitismus des Berliner „#Farbenbekennen-Award“. Foto: picture alliance



2018 wurde in Berlin der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus gegründet. Er verfolgt die bundesweite Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Foto: picture alliance



Der Künstler Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt. Foto: picture alliance/AP

DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Zum Glück gibt es vielerorts zivilgesellschaftliche Initiativen, die dem Hass Paroli bieten. Engagierte Menschen in Kommunen und Behörden, Parteien und Vereinen, in Verbänden, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften leisten unschätzbar wertvolle Arbeit für unsere Demokratie. Diese Arbeit muss endlich verlässlich finanziert werden. Dafür fordern wir ein wirksames Demokratieförderungsgesetz und sind dazu im Bundestag aktiv.

Wichtig ist eine ganzheitliche Präventionsstrategie, um Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewalt bereits an der Wurzel zu bekämpfen. Wir müssen dafür sorgen, dass

junge Menschen diesen Denkmustern gar nicht erst verfallen. Dazu gilt es, in menschenrechtsorientierte Bildung, Sensibilisierung und Medienkompetenz, auch innerhalb von Behörden, verstärkt zu investieren. Außerdem muss das Gemeinnützigkeitsrecht dringend reformiert werden, um die Rechtssicherheit und Gleichbehandlung beim Engagement gegen Rassismus, für Grund- und Menschenrechte und unsere Demokratie zu garantieren.

VERWÜSTETE JÜDISCHE GESCHÄFTE HEUTE.



Am Morgen des 14. August 2020 brannte die Kiezkeipe „Morgen wird besser“ in Berlin-Lichtenberg. Das Foto zeigt die Verwüstung, der Barbereich ist schwarz und ausgebrannt, verletzt wurde glücklicherweise niemand.

Es war bereits der vierte Anschlag auf die Bar innerhalb weniger Jahre. 2019 war zuletzt eingebrochen, Getränke über Tresen und Tische geschüttet und die Kasse geklaut worden. Der jüdische Besitzer der Bar wurde über Jahre von Neonazis beleidigt und verbal bedroht, sein Lokal mit antisemitischen Sprüchen besprüht.

(nach: Der Tagesspiegel online vom 17.8.2020)

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS

ES KOMMT AUF UNS ALLE AN

Was kann ich als Einzelne*r tun?

Wir alle sind gefragt, die offene Gesellschaft zu leben und zu verteidigen. Als Demokrat*innen müssen wir rechten Strukturen geschlossen entgegentreten. Breite Bündnisse sind gefordert, in denen Initiativen und Vereine, Kirchen und Gewerkschaften, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Politik und Verwaltung zusammenstehen. Hass und Hetze haben keine Chance, wenn wir ihnen unsere Solidarität, Eigeninitiative und demokratische Strukturen entgegensetzen.



Foto: Jochen Eckel/SZ Photo/taif

Wenn Menschen beleidigt, diskriminiert oder angegriffen werden, heißt es Farbe bekennen. Helfen kann zum Beispiel bedeuten:

- _____ als Zeug*in von Bedrohung oder Gewalt die Polizei zu rufen;
- _____ gefährdete Menschen persönlich zu unterstützen;
- _____ sich lokalen Initiativen anzuschließen und sichtbar gegen rechte Propaganda einzustehen;
- _____ laut zu protestieren, wenn Rechte oder Verschwörungsideologen zu einer Demonstration mobilisieren;
- _____ Zivilcourage auch im Kleinen zu zeigen, zum Beispiel sich „Ausländer-“ oder „Schwulenhitler“ zu verweigern.

DEMOKRATIE UND OFFENE GESELLSCHAFT

Unsere deutsche Geschichte hat gezeigt, wie Nationalismus, Hass und Hetze in den Abgrund führen. Die zunehmende Verrohung öffentlicher Diskussionen macht heute vielen Menschen Sorge. Der Wut einer lautstarken Minderheit müssen wir den Mut der Vielen entgegensetzen. Demokratie ist stärker als der Hass, stärker als die verbalen und realen Brandstifter*innen. Wirksame und lebendige Demokratie ist das beste Argument gegen antidemokratische Denkmuster.

Politik lebt vom Diskurs, vom Streit in der Sache. Wir brauchen aber zugleich einen Konsens, Hass und Hetze keinen Millimeter

nachzugeben. Wer den Gegner*innen der offenen Gesellschaft entgegenkommt, nährt ihren Machthunger. Wirklich lebenswert ist nur eine offene Gesellschaft, in der Menschen sich frei entfalten können – unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung, Religion, Aussehen oder sexueller Identität. Nicht zuletzt deshalb möchten viele Menschen gerade bei uns ein neues Zuhause finden.

Es gilt, gemeinsam Freiheit und Offenheit zu verteidigen! Für alle.



Es gilt, gemeinsam Freiheit und Offenheit zu verteidigen!

FÜR ALLE!



Foto: Regina Schmecken/SZ Photo/laif

NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- ——— Grünes Maßnahmenprogramm zu rechtsextremen Netzwerken (Fraktionsbeschluss vom 06.09.2019)
- ——— gruene-bundestag.de » Themen » Rechtsextremismus

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/14091 Rechtsextremen Netzwerken entschlossen entgegentreten (Antrag)
- 19/17750 Hass und Hetze wirksam bekämpfen (Antrag)
- 19/ 20166 Demokratiefördergesetz zum Schutz der Zivilgesellschaft (Antrag)
- 19/14092 Tödliche Gefahr durch Schusswaffen (Antrag)
- 19/25122 Instrumentalisierung der Anti-Corona-Politik-Demonstrationen (Kleine Anfrage, KA)
- 19/21993 Instrumentalisierung des Kampfsports (KA)

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: Stefan Kaminski, Titelfoto: Gettyimages, Stand: Feb. 2021

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Monika Lazar MdB

Sprecherin für Strategien gegen
Rechtsextremismus

Arbeitskreis 3

Bürgerrechte und Demokratie,
Rechts- und Gesellschaftspolitik

TEL 030 227 56789

FAX 030 227 56552

info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert
über unsere parlamentarische
Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als
Wahlwerbung verwendet werden.*